

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpt., bei Lieferung frei Haus 50 Rpt. Postbezug monatlich 2,30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachschlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. VI.: 2250. Geschäftsstellen: Albrechtstraße 2 und Adolf-Dittler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 151

Mittwoch, den 1. Juli 1936

88. Jahrgang

Protest gegen die Auflösung der Bünde Aussprache in der französischen Kammer

Paris, 1. Juli.

Die französische Kammer trat zusammen, um sich mit den von rechtsgerichteter Seite vorgebrachten Anfragen über die kürzlich erfolgte Auflösung der sogenannten Kampfbünde zu befassen. Da man einen sehr erregten Verlauf der Sitzung vorausgesagt hatte, waren die Publikumstribünen bis auf den letzten Platz besetzt. Der rechtsgerichtete Abgeordnete Vallat erklärte, daß die aufgelösten Gruppen gesetzmäßig gebildet gewesen seien, und daß sie nicht unter das Lawastische Auflösungs-gesetz vom 10. Januar dieses Jahres hätten fallen dürfen. Zum Schluß fragte der Redner, der oft von stürmischen Zwischenrufen auf der Linken unterbrochen wurde, den Innenminister, ob er die Kommunisten ihre Pläne zur Zerstörung des Vaterlandes weiter verfolgen lassen wolle. Der Führer der ehemaligen Patriotischen Jugend, Taittinger, bezeichnete das Verbot seiner Partei als einen reinen Willkürakt. Das Gesetz sei im übrigen nicht gegen alle militärischen Verbände angewandt worden, sondern nur gegen die politischen Gegner. Es sei also ein Ausnahmengesetz.

Der den Feuerkrenzern nahestehende Abgeordnete Devaud gab seiner Verwunderung über die Begründung für die Auflösung der Verbände Ausdruck. Abgeordneter Sznarbs begründete seine Anfrage über die stürmischen

Zwischenfälle am 21. Juni auf den Champs Elysées und fragte den Innenminister, ob die Tricolore die alleinige französische Fahne sei, oder ob es noch eine andere Fahne gebe, nämlich die rote Fahne des Bürgerkrieges.

Alsdann nahm Innenminister Salengro das Wort, um die Maßnahmen der Regierung zu verteidigen. Er wurde in seinen Ausführungen ständig durch heftige Zwischenrufe von rechts unterbrochen, so daß der Kammerpräsident mit der Aufhebung der Sitzung drohen mußte. Der Innenminister erklärte, die Regierung wolle wirklich regieren und könne die Bedrohung der Ordnung nicht zulassen, auch wenn die Kampfbünde sich als Parteitarnen zeigten.

Vertrauensvotum für die Regierung

Zum Schluß der Kammeraussprache über die Auflösung der Kampfbünde wurde von den Vereinten Volksfrontparteien eine Tagesordnung eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus, die republikanische Ordnung zu sichern, indem sie die Gesetze für die Verteidigung der Republik mit Entschlossenheit zur Anwendung bringt.“

Innenminister Salengro stellte auf die Tagesordnung hin die Vertrauensfrage. Die Kammer billigte sie mit 375 gegen 192 Stimmen. — Damit war die Sitzung beendet.

lizelaufgedot abgeführt, während die meisten Delegierten flüchteten.

Der Regus erklärte, daß er, Haile Selassie, Kaiser von Abessinien, heute hier stehe, um die seinem Volk geschuldete Gerechtigkeit und den Beistand zu fordern, der ihm vor acht Monaten von fünfzig Nationen versprochen worden sei. Er gab seiner Erbitterung darüber Ausdruck, daß er in seinem Vertrauen auf die wirksame Hilfe des Völkerbundes, das ihn veranlaßt habe, vorteilhafte Angebote der italienischen Regierung abzulehnen, enttäuscht worden sei. Die abessinische Regierung habe nie erwartet, daß andere Völker, deren eigene Interessen nicht unmittelbar auf dem Spiele standen, das Blut ihrer Soldaten vergießen sollten. Die abessinischen Krieger hätten nur Verteidigungsmittel verlangt. Aber die wiederholt geforderte Finanzhilfe für den Ankauf von Waffen sei Abessinien ständig verweigert und der Gebrauch der Eisenbahn Djibuti-Addis Abeba für Waffentransporte praktisch unmöglich gemacht worden. Heute bestehe nicht die Unmöglichkeit sondern die Weigerung, den Angreifer aufzuhalten. Im Namen Abessiniens verlange er von der Versammlung, „alle Maßnahmen zu treffen, um dem Pakt Achtung zu verschaffen“.

„Ich erkläre vor der Welt, daß der Kaiser, die Regierung und das abessinische Volk sich nicht vor der Gewalt beugen werden, daß sie ihre Forderungen aufrechterhalten und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel gebrauchen werden, um den Sieg des Rechtes und des Paktes durchzuführen.“

„Vertreter der Welt“, so schloß der Regus, „ich bin nach Genf gekommen, um vor Ihnen die peinlichsten der Pflichten eines Staatsoberhauptes zu erfüllen. Welche Antwort soll ich meinem Volk überbringen?“

Nach der Rede des Regus wurde die Sitzung auf Mittwoch vormittag 10.30 Uhr vertagt.

Der Regus spricht vor dem Völkerbund

Van Zeeland zum neuen Präsidenten gewählt

Genf, 1. Juli.

Der zweite Tagungsabschnitt der 16. Völkerbundsversammlung wurde unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Eden in seiner Eigenschaft als Ratspräsident und Vizepräsident der Versammlung eröffnet. Die Sitzung begann mit der Verlesung des Schreibens, in dem der bisherige Präsident, der tschechoslowakische Staatspräsident Dr. Beneš, sein Amt niederlegt.

Während der Verlesung betrat der Regus Haile Selassie an der Spitze einer zahlreichen schwarzgekleideten Abordnung den Saal.

Eden sprach Dr. Beneš den Dank der Versammlung für seine Tätigkeit aus. Die Versammlung beschloß, ein Telegramm in diesem Sinne an ihren ehemaligen Präsidenten zu richten.

Hierauf wurde der Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten der Delegierten angenommen, aus dem hervorging, daß Paraguay, El Salvador und Guatemala keine Abordnung entsandt haben. Hinsichtlich der Delegierteneigenschaft des Regus hatte sich der Ausschuss jeder Stellungnahme enthalten, da eine solche seine Zuständigkeit überschritten haben würde.

Die Versammlung wählte darauf den belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland zum neuen Präsidenten, und zwar in geheimer Wahl mit 47 von 51 Stimmen.

Van Zeeland erhielt sogleich das Wort zu einer Ansprache, in der er auf die Schwere der Entscheidungen hinwies, die die Versammlung zu treffen habe.

Im weiteren Verlauf der Sitzung bestieg der Regus, während die Scheinwerfer ausleuchteten, die Rednertribüne und gab in amharischer Sprache eine Erklärung ab. Die ersten Worte des Regus wurden überdünnt durch Pfiffe aus den Reihen der italienischen Journalisten. Ein starkes Polizeiaufgebot verhaftete die an der Demonstration beteiligten Journalisten.

Präsident van Zeeland verlas die Denkschrift der italienischen Regierung, die nach einem Rückblick und nach einer Schilderung des in Abessinien angetroffenen Zustandes der Barbarei und der freiwilligen Unterwerfung der Bevölkerung und ihrer Stammeshäuptlinge die großen Linien des von der italienischen Regierung unternommenen Aufbauwerkes in Abessinien darlegt. Dieses

Werk betrachte die italienische Regierung als eine heilige Kulturmission. Zum Schluß weist die italienische Regierung auf die Notwendigkeit einer Völkerbundsreform hin, an deren Verwirklichung sie mitzuarbeiten bereit sei. Dabei wird jedoch andererseits auf die durch die Völkerbundsbeschlüsse geschaffene anormale Lage Italiens hingewiesen.

Der argentinische Vertreter Ruiz Guinazu begründete kurz den Antrag seiner Regierung auf Einberufung der Versammlung noch einmal. Diese Erklärung wurde als Antrag auf Nichtanerkennung der Annexion Abessiniens angehängt.

Italienische Pressevertreter polizeilich abgeführt

Präsident van Zeeland verlas die Denkschrift der italienischen Regierung; sie legt nach einem Rückblick auf die am 18. April 1936 vom Völkerbundsrat als endgültig gescheitert erklärten Friedensbemühungen und nach einer Schilderung des in Abessinien angetroffenen Zustandes der Barbarei und der freiwilligen Unterwerfung der Bevölkerung und ihrer Stammeshäuptlinge in großen Linien das von der italienischen Regierung unternommene Aufbauwerk in Abessinien dar. Zum Schluß weist die italienische Regierung auf die Notwendigkeit einer geeigneten Völkerbundsreform hin, an deren Verwirklichung sie mitzuarbeiten bereit sei.

Der argentinische Vertreter Ruiz Guinazu begründete nochmals den Antrag seiner Regierung auf Einberufung der Versammlung. Der Grundsatz der Achtung der gebietsmäßigen Unverletzlichkeit der Staaten sei 1926 von allen amerikanischen Kongressen verfochten worden. Wenn der Völkerbund seinen universellen Charakter bewahren solle, müsse er sich, unbeschadet der jeweiligen besonderen Umstände, auch zu diesen Grundsätzen bekennen. Wenn sich hingegen die Art, wie der Pakt angewendet werde, nicht mit diesen amerikanischen Grundfragen vereinbaren ließe, so müsse sich die argentinische Regierung überlegen, ob sie weiterhin mit dem Völkerbund zusammenarbeiten könne.

Nach dieser argentinischen Erklärung, die als Antrag auf Nichtanerkennung der Annexion Abessiniens angehängt worden war, bestieg der Regus unter dem Licht der Scheinwerfer die Tribüne, um eine Erklärung in amharischer Sprache abzugeben.

Bei dem ersten Wort erkönte ein alles überkörnendes Gepfeife aus den Reihen der italienischen Journalisten. Sie wurden innerhalb weniger Minuten von einem starken Po-

Dr. Schuschnigg kommt nicht nach Genf

In hiesigen österreichischen Kreisen wird entschieden in Abrede gestellt, daß der französische Außenminister sich im Einvernehmen mit Eden mit dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg in Verbindung gesetzt habe, um ihn zu veranlassen, zur Völkerbundsversammlung nach Genf zu kommen.

Von der Wiener amtlichen Nachrichtenstelle wird folgende Darstellung über die Ablehnung Dr. Schuschniggs, nach Genf zu reisen, gegeben:

„Nach hiesigen Informationen der ausländischen Presse sollen der französische Außenminister Delbos und der englische Außenminister Eden den Wunsch geäußert haben, noch während der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundes mit dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg in persönliche Fühlung zu treten. Dieser Wunsch wurde am Dienstag tatsächlich in entsprechender Form zum Ausdruck gebracht. So sehr man auch von österreichischer Seite für diese Anregung empfänglich ist und zu einer derartigen Fühlungnahme prinzipiell bereit ist, so ist es Bundeskanzler Dr. Schuschnigg sowohl mit Rücksicht auf die Kürze der gegenwärtigen Genfer Ratstagung als auch auf seine eigene, im voraus festgelegte Arbeitsenteilung im Inlande zu seinem Bedauern nicht möglich gewesen, gegenwärtig von Wien abzukommen. Die nächste Völkerbundsversammlung wird aber dem österreichischen Regierungschef Gelegenheit zu einer Begegnung mit den Chefs der französischen bzw. englischen Diplomatie bieten, auf die man natürlich auch in Wien großen Wert legt.“

Grunde Rücktrittsabsichten Baldwins?

„Daily Mail“ weiß zu berichten, daß die Gerüchte über seinen bevorstehenden Rücktritt jetzt feste Formen annehmen und daß Baldwin nunmehr aus gesundheitlichen Gründen gezwungen sein würde, entgegen seiner Absicht, noch vor den Krönungsfeierlichkeiten im nächsten Jahr in den Ruhestand zu treten. Diese Gerüchte werden aus parlamentarischen Kreisen bestätigt. Es wird teilweise sogar angenommen, daß Großbritannien schon in den nächsten Wochen einen neuen Ministerpräsidenten haben werde. Ueber die Person des Nachfolgers gehen die Ansichten noch weit auseinander.

